

Kramer: "Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht"

05.05.2023 | epd | [EKD und Kirchen \(/rubriken/ekd-und-kirchen\)](#)

Bonn (epd). Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Friedrich Kramer, hat mehr Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine gefordert. "Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht", sagte er laut einer am Freitag in Bonn veröffentlichten Mitteilung der Evangelischen Friedensarbeit im Raum der EKD auf deren Mitgliederversammlung. Wer aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe ablehne und wem dafür Verfolgung drohe, der brauche Unterstützung und Hilfe. "Dazu gehört auch, dass den Betroffenen, denen eine Flucht gelingt, in Deutschland und der Europäischen Union großzügig Asyl gewährt wird", forderte der mitteldeutsche Landesbischof. Die Bundesregierung wie auch die Europäische Kommission müssten dafür klare Vorgaben machen.

Die jetzige Regelung reiche nicht aus, sagte Kramer laut Mitteilung. Denn bisher würde in den Asylverfahren nur dann eine Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund anerkannt, wenn ein solcher Antrag noch im eigenen Land gestellt worden sei. Doch Kriegsdienstverweigerer, die einen solchen Antrag stellten, könnten Russland beispielsweise nicht mehr verlassen, ihnen drohe Gefängnis, sagte der EKD-Friedensbeauftragte.

Angaben des Kriegsdienstverweigerungsnetzwerks Connection e. V. zufolge gibt es mehr als 150.000 russische Militärdienstpflichtige und Deserteure, die den Angriffskrieg ablehnen. Schätzungsweise 22.000 belarussische Militärdienstpflichtige hätten ihr Land verlassen, weil sie sich nicht an einem Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Rund 170.000 Ukrainer sind den Angaben zufolge vor einer drohenden Einberufung geflohen.



